Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1918

318 (12.7.1918) Abendblatt

Visual Library

Nr. 318 — Karlsruhe, Freitag, den 12. Juli 1918 — 56. Jahrgang

Badischer Beobachter

Abendblatt

Bezugspreis vierteljährlich: In Karlsruhe durch Träger Mk. 4.25; (b. d. Geschäftsstelle monatl. Mk. 1.10) auswärts (Deutschland) durch die Post Mk. 4.70 ohne Bestellgeld; für Oesterreich-Ungarn, Luxemburg, Belgien, Holland, Schweiz bei den Postanstalten; übriges Ausland Mk. 12.—

Fernsprecher Nr. 535

Anzeigenpreis: Die achtsp. Kolonelzeile 25 Pf.; Reklamen Mk. 1.20, je mit 20% Teuerungszuschlag. Bei Wiederholung Nachlaß nach Tarif. — Aufträge vermitteln alle Ann.-Expeditionen. — Schluß der Anzeigen-Annahme vorm. ½8 Uhr bzw. nachm. ½3 Uhr.

Postscheck: Karlsruhe 4844

Rotationsdruck und Verlag der Badenia A.-G. für Verlag und Druckerei Karlsruhe, Adlerstraße 42, Albert Hofmann, Direktor

Erscheint an allen Werktagen in zwei Ausgaben. Beilagen: Je einmal wöchentlich die Unterhaltungsblätter „Sterne und Blumen", „Blätter für den Familientisch" und „Blätter für Haus- und Landwirtschaft"

Verantwortlich für deutsche und badische Politik, sowie für Feuilleton: Th. Meyer; für den übrigen redaktionellen Teil: Franz Wahl; für Anzeigen und Reklamen: A. Hofmann, sämtlich in Karlsruhe.

Tagesbericht vom Großen Hauptquartier.

Großes Hauptquartier, 12. Juli. (W.T.B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die Artillerietätigkeit lebte am Abend auf und steigerte sich während der Nacht zu kräftigen Feuerüberfällen. Auf Kampfstellungen im Hintergelände südwestlich von Ypern und Bailleul, sowie nördlich von Albert wurden stärkere Vorstöße, mehrfach Erkundungsabteilungen des Feindes abgewiesen.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz.

Zwischen Aisne und Marne blieb die Tätigkeit der Franzosen rege. In Vorfeldkämpfen am Walde von Villers-Cotterets machten wir Gefangene. Oestlich von Reims schlugen wir Erkundungsvorstöße des Feindes zurück.

Leutnant Neckel errang seinen 20. Luftsieg.

Von dem gestern im Anflug auf Koblenz gemeldeten amerikanischen Geschwader fiel auch das sechste Flugzeug durch Abschuß in unsere Hand.

Der Erste Generalquartiermeister:
Ludendorff.

Reichskanzler und auswärtige Politik.

Der gestrige Tag, an dem der Reichskanzler im Hauptausschuß sprach, hat manche Frage, die in letzter Zeit schwer auf uns lag, geklärt. Die Aussprache des Grafen Hertling galt ja in erster Reihe der Beruhigung der Parteien über den Rücktritt des Staatssekretärs v. Kühlmann. Schien doch der Name Kühlmann untrennbar mit der bisher von der Reichsleitung inne gehaltenen Richtung der Friedenspolitik verbunden zu sein, weshalb die Vermutung nicht von der Hand zu weisen war, daß mit Kühlmann nicht eine Person, vielmehr ein System zurückgetreten sei und zwar ein System, hinter dem die Mehrheit des deutschen Volkes steht.

Die Rede des Reichskanzlers im Hauptausschuß hat sich nun nicht damit begnügt, mit der Beunruhigung über den Rücktritt Kühlmanns nach der angedeuteten Richtung aufzuräumen; sie ging weiter und gab einen intimeren Einblick in die Friedenspolitik der Regierung überhaupt. Von einem Systemwechsel kann keine Rede sein; denn Träger des Systems ist nicht Kühlmann, sondern der Reichskanzler; und was im wesentlichen, abgesehen von der Form ihrer Vertretung, als Kühlmannpolitik galt, das war und ist die Politik des Reichskanzlers: „Ich mache die Politik!" sagt der Kanzler, und an dem Standpunkt, den er am 29. November 1917 vertreten hat, „wird sich, solange ich an dieser Stelle stehe, nichts ändern". Der Reichskanzler bleibt, also bleibt auch sein System, das von der Mehrheit des Parlaments gebilligt war und auch weiterhin gebilligt wird. Das war das eine, was Hertling sagte. Aber auch auf eine andere Frage gab er Antwort. Welches ist nun in Wirklichkeit die Politik der Reichsregierung — diese Frage wurde in letzter Zeit vielfach gestellt, weil es viele Leute gibt, die ein Interesse daran zeigten, die Linien der Regierungspolitik möglichst zu verwischen. Dadurch waren manche Zweifel entstanden. Demgegenüber stellte der Reichskanzler fest, daß die Regierung noch wie im letzten Herbst auf dem Boden der Antwort der Reichsregierung auf die Papstnote stehe, daß sie gesonnen sei, sobald als möglich zum Frieden zu kommen und daß sie daher jede günstige Gelegenheit dazu ergreifen werde. Nicht jeder Klatsch aus dem Auslande, der von Friedensneigung unserer Feinde rede, werde der Regierung allerdings maßgebend sein, sondern nur sichere Anzeichen von Friedensbereitschaft. Seien aber diese vorhanden, dann werde man Anlaß zu Besprechungen zuerst im kleinen Kreise nehmen, um den Frieden auf alle Weise zu fördern.

Das ist ein Bekenntnis vor dem In- und Ausland, das Klarheit gibt, zumal der Reichskanzler noch weiter hinzufügte, daß er hier nicht bloß für sich selbst rede, sondern die Heeresleitung genau auf dem gleichen Standpunkt stehe. Solange aber Wilson und unsere englischen Feinde immer noch auf ihrem Vernichtungswillen bestehen, nützen uns natürlich alle unsere Friedensneigungen nichts.

Man muß gestehen, daß der Reichskanzler hier, wenn je, so recht aus sich herausgegangen ist und eine offene klare Sprache geführt hat, die ihren Eindruck auch nicht verfehlte. Der fortschrittliche Redner bekannte, daß seine Partei den Reichskanzler auf Grund dieses Bekenntnisses zum Friedensgedanken unterstütze. Unzufrieden und mißtrauisch ist nur noch die Sozialdemokratie, die jedoch, wie der Vorwärts schreibt, die Kriegskredite nicht versagen wird. Das Zentrum erklärte sich im allgemeinen für befriedigt, sodaß jedenfalls von einem Zusammenbruch der Reichstagsmehrheit nicht gesprochen werden kann, zumal auch die Rechte dem Programm der Regierung inbezug auf die äußeren Fragen nicht ganz abgeneigt gegenübersteht.

Ueber den Rücktritt Kühlmanns und den kommenden Mann im Staatssekretariat sagte der Kanzler nichts, was mit seinen allgemeinen Darlegungen irgendwie im Widerspruch gestanden hätte. Die Gründe des Rücktritts Kühlmann liegen auf dem persönlichen Gebiet, zum Teil auch darin, daß seine Art das Vertrauen anderer Faktoren nicht mehr gefunden hätten. Und die Ernennung von Hintzes werde er, so sagte der Kanzler, nur dann gegenzeichnen, wenn er die Ueberzeugung habe, daß Hintze die Politik treibe, die er, der Kanzler, wolle und mache. Wir wüßten nicht, was an der Friedenspolitik der Reichsregierung nach diesen klaren und unzweideutigen Darlegungen noch zu bekritteln wäre. Die Hauptsache ist allerdings, daß nach der Richtschnur auch in der Praxis unentwegt verfahren wird.

Der Krieg zur See.

20 000 Tonnen versenkt.

Berlin, 11. Juli. (W.T.B. Amtlich.) Von unseren U-Booten sind im Kanal neuerdings vier bewaffnete Dampfer mit rund 20 000 Brutto-Register-Tonnen versenkt worden.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Berlin, 11. Juli. (W.T.B.) Unsere Feinde und die ihnen ergebene sogenannte neutrale Presse können sich nicht genug tun in Beschimpfungen unserer U-Bootbesatzungen und entrüsteten Anklagen gegen ihre angeblich unmenschliche Kriegführung. Die deutsche Presse hat Besseres zu tun, als auf diese immer wiederkehrenden grundlosen Beschuldigungen zu antworten. Ein Sonderfall jedoch, der nach dem Bericht des kürzlich an seinem Stützpunkt zurückgekehrten U-Bootskommandanten das Gegenteil aller Hetzereien der Gegenseite beweist, soll der deutschen Oeffentlichkeit nicht vorenthalten werden. Wie am 14. Juni in dem Admiralstabsbericht gemeldet wurde, versenkte das unter dem Befehl des Kapitänleutnants Georg stehende U-Boot auf seiner letzten Fernfahrt unter anderem das englische Bewachungsfahrzeug „St. Johne" und erbeutete von ihm Geschütz und Kriegsflagge. Nachdem der heftige Widerstand des Feindes im Artilleriekampf gebrochen war und darauf einige Leute am Heck mit weißen Tuchfetzen winkten und die Hände hochhielten, wurde das Beiboot des Unterseeboots ausgesetzt und nach dem englischen Kriegsfahrzeug hinübergeschickt, um das Geschütz abzuschrauben. Das Deck des niedergekämpften Gegners war ein Trümmerhaufen. Von der Besatzung waren nur noch zwei Mann unverwundet. Die Boote waren gänzlich zerschossen. Trotz der durch die an Deck liegenden Wasserbomben einwandfrei erkennbaren Bestimmungen dieses U-Bootabwehrschiffes überließ Kapitänleutnant Georg der englischen Besatzung sein Beiboot, damit die wehrlosen, zum größten Teil verwundeten Engländer Rettung finden konnten. Die Ausscheinigung des englischen Kommandanten über den Empfang des Beibootes wurde von dem U-Boot mitgebracht. Mit diesem Fall der Behandlung wehrloser Gegner braucht man nur die Fälle „Barolong", „King Stephan", „Crompton" und den kürzlich von der Lausanner Zeitung Feuille berichteten Fall zu vergleichen und man wird wissen, auf welcher Seite die größte Menschlichkeit geübt wird.

Der neue Kriegskredit.

Berlin, 12. Juli. (W.T.B.) Der Hauptausschuß des Reichstags hat den Nachtragsetat betreffend den Kriegskredit von 15 Milliarden Mark angenommen gegen die Stimmen der unabhängigen Sozialdemokraten und bei Stimmenthaltung der Polen.

Der Wechsel im Auswärtigen Amt.

Bern, 11. Juni. (W.T.B.) Zum Rücktritt des Staatssekretärs v. Kühlmann schreibt das Berner Intelligenzblatt in einem Leitartikel u. a., die Nachricht werde sowohl in Deutschland selbst als auch jenseits der schwarz-weiß-roten Grenzpfähle mit gemischten Gefühlen entgegengenommen werden. Ueber den Staatssekretär v. Kühlmann selbst schreibt das Blatt: „Kühlmann war, wie Graf Czernin, ein Diplomat der neuen Schule. Es ist zwar richtig, daß seine Friedensschöpfungen in der Welt wenig Anklang fanden, indessen ist doch zu bedenken, daß er sich in vielen Fällen mit gebundenen Händen an den Verhandlungstisch gesetzt hat. Wenn es ihm auch nicht gelungen ist, seine Ideen überall wirksam zur Geltung zu bringen, hat sich Kühlmann doch als Staatsmann von unbestreitbaren Fähigkeiten erwiesen. Man kann sich nur schwer vorstellen, daß seine Laufbahn mit dem heutigen Tage als abgeschlossen zu gelten hat. Auch für ihn wird die Stunde der Rehabilitierung dereinst schlagen."

Wien, 11. Juli. (W.T.B.) Die Wiener Allgemeine Zeitung schreibt: „Während der fast einjährigen Amtsführung des Staatssekretärs v. Kühlmann, in einer Zeit, wo die Verhältnisse für die verbündeten Mittelmächte ein Zusammengehen besonders inniger Art notwendig machten, lernte die Monarchie Herrn von Kühlmann als einen Mann schätzen, der durch seine politischen Fähigkeiten und glänzenden Charaktereigenschaften sich unsere Sympathien und unser Vertrauen in vollstem Maße zu erwerben verstand." Das Blatt weist auf die stets vorhanden gewesene vollkommene Harmonie zwischen dem Grafen Czernin und Herrn v. Kühlmann hin und würdigt den zurückgetretenen Staatssekretär als einen der wertvollsten Vorkämpfer des Friedensgedankens. Von dem Gesandten v. Hintze hofft das Blatt, daß er das Werk im gleichen Sinne weiterführen und sich insbesondere den Ausbau der Beziehungen mit der verbündeten Monarchie mit gleichem Eifer angelegen sein lassen werde wie sein Vorgänger.

Des Sultans Dank an den Kaiser.

Berlin, 11. Juli. (W.T.B.) Das von dem Sultan an den Kaiser gerichtete Antworttelegramm auf das zum Hinscheiden des Sultans Mehmed V. ausgedrückte allerhöchste Beileid hat folgenden Wortlaut: Tiefgerührt bitte ich Ew. kaiserliche Majestät, den Ausdruck meines allerlebhaftesten und aufrichtigsten Dankes entgegennehmen zu wollen für die Teilnahme, die Sie an der Trauer zu nehmen geruhten, in die ich durch den Verlust der erhabenen Person meines sehr geliebten Bruders, Sr. kaiserlichen Majestät des Sultans Mehmed Reshad Khan, versetzt worden bin. Die ausdrucksvollen Worte einer so herzlichen Zuneigung und Hochachtung, durch welche Ew. Majestät geruhten, das Andenken meines sehr geliebten Bruders und Vorgängers zu verherrlichen, die kostbaren Worte der Versicherung Ihrer Gefühle in Bezug auf mich, ebenso wie die Wünsche, die Sie aus Anlaß meiner Thronbesteigung an mich richteten, enthalten so viele Beweise der Sympathie, die in treuer Bundesgenossenschaft sowohl in meinem Herzen als auch in den meines Volkes die Erinnerung an die unzähligen Beweise der Freundschaft wieder wachrufen, welche Ew. Majestät unaufhörlich dem osmanischen Reich zu bezeugen geruhten. Im Augenblick, da ich den Thron meiner Ahnen besteige, werfe ich einen Rückblick auf die Beziehungen, die in einer so aufrichtigen Herzlichkeit ihren Ausdruck finden und unsere beiden Reiche geeinigt haben. Insbesondere gedenke ich der innigen Bande, die in der engen Zusammenarbeit unserer Völker seit Ausbruch des allgemeinen Weltbrandes herrschen und ich bitte Ew. Majestät, die Versicherung meiner tiefsten Zuneigung und höchsten Wertschätzung entgegennehmen zu wollen und zu glauben, daß es mir am Herzen liegt, die Bande aufrichtigster Freundschaft und Bündnistreue, die glücklicherweise zwischen unseren beiden Reichen bestehen, immer enger zu knüpfen. Gestützt auf unser gutes Recht und im Vertrauen auf den Sieg unserer gerechten und heiligen Sache, bitte ich den Allmächtigen, seinen göttlichen Schutz unseren tapferen verbündeten Armeen zu gewähren, die so heldenmütig ihr Recht und ihr Vaterland verteidigen.

Beschluß des Hamburger Senats.

Hamburg, 11. Juli. (W.T.B.) Der Senat hat der Bürgerschaft heute die Antwort auf ihre Beschlüsse über die weiteren Friedensbedingungen, die Neugestaltung des deutschen Auslandsdienstes und die Wiedereinsetzung des freien Handels in seine Rechte zugehen lassen. Von dem ersten Beschluß, in dessen Sinne er getreu seinem bisherigen Standpunkt weiter wirken werde, habe der Senat dem Reichskanzler Kenntnis gegeben. Zu dem zweiten Beschluß erklärte der Senat, daß auch er der Ueberzeugung sei, daß eine wirksame Verteidigung der deutschen Interessen im Auslande wünschenswert sei und daß er in diesem Sinne wirken werde. Auf das Ersuchen der Bürgerschaft, im Bundesrat mit allem Nachdruck dafür einzutreten, daß mit dem Friedensschluß der freie Handel als das erprobte und allein wirksame Mittel der deutschen Auslands- und Inlandswirtschaft, wieder in seine Rechte eingesetzt werde, erwiderte der Senat, daß dies Ersuchen durchaus dem von ihm eingenommenen Standpunkt entspreche, und daß er sich ferner dafür einsetzen werde, daß der freie Handel mit dem Friedensschluß wieder in seine Rechte eingesetzt werde.

Die ungarische Wahlrechtsreform im Abgeordnetenhause.

Budapest, 11. Juli. (W.T.B.) Die Gesetzesvorlage über die Wahlreform wurde mit großer Mehrheit als Grundlage der Einzelberatung angenommen. Vor Schluß der Erörterungen ergriff Ministerpräsident Dr. Wekerle das Wort und sagte: Im Verlaufe der Beratungen sei es zutage getreten, daß die Wahlreform in diesem Hause nicht in dem Umfange durchgesetzt werden könne, wie die Regierung es beabsichtigt habe. Er habe es jedoch vermieden, zur Auflösung zu schreiten, weil diese die Aufregung infolge der Wahlkämpfe verlängere und die Wahlreform um mindestens ein Jahr hinausschieben würde. Der Ministerpräsident wies darauf hin, daß die jetzige Vorlage immerhin bedeutende Fortschritte aufweise. Auch werde infolge der in der Vorlage enthaltenen Bestimmungen die Zahl der Wähler sich automatisch vermehren. Das Frauenwahlrecht habe der Ausschuß abgelehnt, doch werde die Regierung in der Einzelberatung eine besondere Abstimmung beantragen. Der Ministerpräsident erklärte schließlich, er habe schon aus dem Grunde den Vermittlungsvorschlag angenommen, weil immerhin die Vorlage einen gewissen Ruhepunkt bedeute und es ermöglichen werde, wichtige Aufgaben zu lösen. Namentlich werde die Reform der nationalen Armee, die er als Voraussetzung für seine Amtsübernahme betrachtet habe, durchgeführt werden. Der Ministerpräsident empfahl die Vorlage zur Annahme.

Beschwerden von Arbeitern gegen Clemenceaus Gewaltpolitik.

Bern, 11. Juli. (W.T.B.) Der Verband der Mechaniker des Seine-Departements richtete einen längeren Brief an den Ministerpräsidenten Clemenceau und beschwerte sich bitter über die harte Bestrafung der Arbeiterdelegierten, die anläßlich des letzten Streiks und der letzten Arbeiterbewegung in Frankreich verhaftet wurden. Von 150 verhafteten Delegierten seien 41 an die Front geschickt worden und beinahe alle anderen in Straffabriken der Nord- und Ostdepartements verschickt worden. Die Arbeiterführer hätten ein Recht auf niedrigere Bestrafung gehabt. Die Arbeiter beschweren sich ferner, daß durch Ausstreuung von Gerüchten über bevorstehende Streiks zwischen der Arbeiterschaft und den Arbeitgebern künstlich Mißtrauen gesät werde, so daß viele Arbeitgeber sich weigerten, mit Arbeiterdelegierten zu verhandeln. Diese Gewaltpolitik habe schon zuviel Unheil angerichtet und müsse endlich aufhören.

Die Araber ziehen sich von den Engländern zurück.

Konstantinopel, 11. Juli. (W.T.B.) Tanin berichtet, daß die Araber sich mehr und mehr von den Engländern zurückziehen, da sie der Bedrückung und Willkürherrschaft der Engländer überdrüssig sind.

Deutscher Reichstag.

Die Landgesellschaft „Westmark".

Berlin, 11. Juli. Der Hauptausschuß des Reichstages führte am Donnerstag zunächst die Aussprache über die Landgesellschaft „Westmark" zu Ende. Abg. Dr. Pfleger (Ztr.) warf die Frage auf, ob man nicht besser eine elsaß-lothringische Landeskulturrentenbank hätte schaffen können. Die vielangefeindete Tätigkeit der Gesellschaft falle in eine Zeit, in der die elsaß-lothringische Gesellschaft ohnedies über die Durchführung der Liquidation erregt sei. Gewiß könne der Vertrag mit der Landgesellschaft auch ohne Genehmigung des Reichstags abgeschlossen werden. Er hänge aber in der Luft, wenn der Reichstag hinterher die Liquidationsverordnung aufhebe. Es müsse deshalb möglich sein, die Aufhebung des Vertrages bei der Gesellschaft durchzusetzen oder mindestens den Vertrag nach den Wünschen des Reichstages abzuändern.

Staatssekretär Frhr. v. Stein: Man muß die Angelegenheit rein sachlich betrachten. Ohne einen entscheidenden Einfluß des Reiches läßt sich auch die Gründung einer elsässisch-lothringischen Landeskulturrentenbank nicht durchführen. Die Sache läßt sich nicht weiter hinausschieben. Die Anschauungen über das Vorgehen der Reichsregierung sind vielfach irrig. Die Reichsregierung handelt in vollem Einverständnis mit der Landesverwaltung. Die vom Reich der Gesellschaft geleistete Garantie liegt innerhalb des Ermächtigungsgesetzes vom August 1914. Dieser Ansicht sind auch das Reichsschatzamt und das Reichsjustizamt. Der Vertrag besteht also zu Recht. An den lauteren Absichten der Teilhaber der Gesellschaft besteht kein Zweifel. Der französische Besitz auf deutschem Boden ist und bleibt eine Gefahr, und wird es nach dem Kriege erst recht sein.

Abg. Alpers (Deutsch-Hannoveraner): Wir billigen die Absicht durchaus, den französischen Besitz auszuschalten. Aber einmal muß die Zusammensetzung der Gesellschaft befremden, und dann ist das Wort von der „nationalen Zuverlässigkeit" nur ein Schlagwort. Wir stehen vor einer großen politischen Aktion, die genau so auszulaufen droht wie in der Ostmark.

Abg. Hauß (Elsässer): Die elsässisch-lothringische Regierung hat ausdrücklich erklärt, daß sie die Verantwortung für den Vertrag ablehnen muß. Wenn der Staatssekretär sich auf die Zustimmung des Statthalters beruft, so muß doch darauf verwiesen werden, daß der Statthalter mit Recht einen Unterschied macht zwischen der Gründung der Gesellschaft und dem Abschluß des Vertrages. Einen solchen Vertrag hätte der Vorgänger des Staatssekretärs niemals gebilligt. Welche elsaß-lothringischen Kreise hat man denn zur Beteiligung aufgefordert? Nur die Schwerindustrie hat einige Anteile genommen. Der Vertrag schädigt die öffentlichen Interessen auch nach dem Urteil der Stadt Metz. Staatssekretär Frhr. v. Stein: Die Stadt Metz hat Sonderwünsche, deren Erfüllung in die Wege geleitet ist.

Abg. v. Trampczynski (Pole): Wir im Osten finden unter den Mitgliedern der Gesellschaft gute Bekannte wieder. Die Siedelungsgesellschaften stehen moralisch auf einer tiefen Stufe, und wir warnen davor, die elsaß-lothringischen Verhältnisse ebenso zu vergiften. Abg. Cohn (U. Soz.): Wir sind aus ethischen und politischen Gründen grundsätzliche Gegner der Liquidation. Bei ihr geht man über die angeblich heiligsten Grundlagen der jetzigen Gesellschaftsordnung, das Privateigentum, glatt hinweg. Die ganze Sache geht zurück auf engherzige militärische Auffassungen, denen sich die Zivilverwaltung unterwirft.

Unterstaatssekretär v. Jonquières: Die Reichsregierung geht bei der Auslegung des Etatgesetzes durchaus loyal vor. Das Ausland achtet das deutsche Eigentum nicht, wie können wir dann das ausländische Eigentum in Deutschland achten? Die Liquidation ist notwendig und richtet sich auch gar nicht gegen den bäuerlichen, sondern vielmehr gegen den größeren Besitz und den Waldbesitz. Den Teilhabern der Gesellschaft können wir durchaus Vertrauen entgegenbringen. Abg. Dr. Junck (natl.): Die Rechtsauffassung der Regierung über das Ermächtigungsgesetz kann ich nicht teilen. Ich gebe aber zu, daß die Rechtsfrage zweifelhaft ist.

In der Abstimmung gelangt mit großer Mehrheit eine Entschließung der Elsässer zur Annahme, in der der Reichskanzler ersucht wird, den zwischen dem Reich und der Landgesellschaft „Westmark" am 17. Januar 1918 abgeschlossenen Vertrag aufzuheben und der elsaß-lothringischen Regierung anheimzugeben, die Gründung einer elsaß-lothringischen Siedelungsgesellschaft zu veranlassen, die unter Wahrung der berechtigten Landesinteressen den Erfordernissen des Reiches entspricht. Weiter wurde in der Abstimmung noch der Regierung als Material überwiesen eine Entschließung des Zentrums, die den Reichskanzler ersucht, dafür zu sorgen, daß die Satzung der Landgesellschaft „Westmark" dahin abgeändert wird, daß süddeutsche, rheinländische und reichsländische Interessenten die Mehrheit des Stammkapitals erhalten, daß in dem Aufsichtsrat je ein Sechstel der Mitglieder aus vom Reichstag und vom elsaß-lothringischen Landtag gewählten Vertretern besteht, daß über die Tätigkeit der Gesellschaft dem Reichstag Bericht zu erstatten ist, daß in erster Linie Süddeutsche unter Wahrung des konfessionellen Besitzstands angesiedelt werden und daß die Landesregierung in Straßburg ein allgemeines, zeitlich unbefristetes Verkaufsrecht auf alle liquidierten Grundstücke erhält.

Die politische Aussprache im Hauptausschuß.

Berlin, 12. Juli. (W.T.B.) Der Hauptausschuß des Reichstages setzte heute in Anwesenheit des Reichskanzlers Grafen Hertling, fast sämtlicher Staatssekretäre und zahlreicher Abgeordneten die Aussprache über die politische Lage fort.

Stresemann (natl.) schließt sich in seiner Beurteilung der Persönlichkeit des Staatssekretärs v. Kühlmann den gestrigen Ausführungen des Abg. Gröber an. Staatssekretär v. Kühlmann hatte unsere Unterstützung für eine lange Periode seiner Amtszeit. Er war von uns nicht grundsätzlich bekämpft worden. Die letzte Rede des Staatssekretärs von Kühlmann, die ja die Ursache seines Sturzes geworden ist, ließ das Augenmaß für die Wirkung seiner Ausführungen in einem Maße fehlen, wie es bei einem Staatsmann niemals vorkommen dürfte. Wir verstehen angesichts dieser Rede, daß der Staatssekretär um seine Entlassung gebeten hat, und wir können dem Herrn Kanzler daher nur zustimmen, wenn er für die Genehmigung dieses Abschiedsgesuches eingetreten ist. Die Angriffe auf die Politik des Reichskanzlers lehnen wir ab. Das mit den Parteien besprochene Programm hat er loyal durchgeführt. Die sozialdemokratischen Vorwürfe gegen den Reichskanzler sind daher durchaus hinfällig.

(Schluß folgt.)

—)*(—

Chronik.

Aus Baden.

I. Pforzheim, 11. Juli. Schwer enttäuscht wurden die vielen Beerensucher die heuer wieder wie im Vorjahre sich bei den württembergischen Nachbarforstämtern Erlaubniskarten zum Beerensuchen gegen 3 Mk. Gebühr gelöst hatten. Infolge Anordnung der obersten Forstbehörde wurden sämtliche Karten wieder eingezogen und das Geld zurückbezahlt. Der Beerenreichtum der württembergischen Wälder bleibt heuer für „Ausländer" verschlossen. Diese freundnachbarliche Maßnahme hat natürlich die Beerenliebhaber sehr erbost, sie soll aber in der Villinger Gegend ein umgekehrtes Gegenstück haben, da dort die badischen Beeren den schwäbischen Nachbarn unzugängig sind. Die Kontrolle der Beeren- und Obsthamster ist dabei in letzter Zeit eine sehr scharfe, nicht nur die Bahn, auch alle Straßen und Hauptwege werden überwacht.

Todtnau, 10. Juli. Der hier viele Jahre ruhende Bergbau hat dieser Tage auch wieder begonnen und zwar am Mausbrunner.

Aitern (A. Schönau), 10. Juli. Der Bergbau hat nunmehr begründete Aussicht, auch in unserer Gegend wieder aufzuleben und Beschäftigung, Verdienst und Verkehr in unser stilles Schwarzwaldtal zu bringen. In den nächsten Tagen sollen schon seitens des Freiherrn von Verschuer von Oberkirch in den alten Gruben unseres Tales, bei Aitern, Mul[illegible] am Belchen, Bohrungen nach metallischen Erzen in Angriff genommen werden. (Frbg. B.)

(—) St. Georgen i. Schw., 11. Juli. Einen verwegenen, aber zum Glück mißlungenen Fluchtversuch unternahm dieser Tage ein zur Einlieferung in ein Offiziersgefangenenlager bestimmter kriegsgefangener amerikanischer Offizier. Derselbe sprang in der Nähe der Station Peterzell aus dem fahrenden Zuge und erreichte auch unverletzt den Boden und eilte davon. Die ihm zum Transport beigegebenen deutschen Wachtleute hatten die Geistesgegenwart, sofort die Notbremse zu ziehen, worauf der Zug stillestand. Sie nahmen die Verfolgung des Flüchtlings auf, und zwar mit Erfolg. Der gefangene Amerikaner wurde ohne weiteren Zwischenfall an seinen Bestimmungsort abgeliefert; im Besitze des Ausreißers befanden sich etwa 100 Mark in deutschem Geld und ein Kompaß. — Das Gesamtergebnis der Ludendorff-Spende in hiesiger Stadt beträgt 8127.20 Mark, darunter 571 Mark von der Straßensammlung.

Singen, 11. Juli. Der eine Stunde entfernte ruhige Landort Ueberlingen am Ried wurde gestern abend in große Aufregung versetzt. Ein jugendlicher Taugenichts verübte in der Mühle einen Diebstahl. Von Polizeidiener Sontheimer verfolgt, gab er auf diesen einen Schuß ab. Sontheimer wurde so schwer verletzt, daß er, ohne das Bewußtsein noch einmal erlangt zu haben, verschied. Der Mörder entwich in der Richtung gegen Singen. Auf den Gendarmeriewachtmeister von Radolfzell, der die Verfolgung aufnahm, gab er ebenfalls einen Schuß ab, glücklicherweise ohne zu treffen. Im Singener Walde verlor der Verfolger die Spur. Man will den Täter erkannt haben, so daß seine Verhaftung nicht lange ausbleiben dürfte. (Sing. Z.)

≙ Konstanz, 12. Juli. Zu einer Kirschenwallfahrt ist es Ende letzter und Anfang dieser Woche nach einigen Bodenseeorten gekommen. Vor allem nach Hagnau sind viele Tausende über den See gefahren, um ein Körbchen Kirschen zu erhaschen. Am Dienstag war der Zudrang zu dem von hier mittags 2 Uhr abgehenden Bodenseeschiff derart, daß gegen 200 Personen nicht mitgenommen werden konnten. Die meisten kamen aber ohne Kirschen zurück, da die Orte wie Hagnau und Stetten völlig ausverkauft waren. Am Montag abend mußte noch ein besonderes Schiff nach Meersburg fahren, um die dort Zurückgebliebenen nach Konstanz abzuholen. Infolge dieses großen Kirchenaufkaufs hat die hiesige städtische Kirschenversorgung vollständig versagt. Für sie war es überhaupt nicht mehr möglich, Kirschen zu bekommen.

Eine Kundgebung für Kleinwohnungen mit Gärten.

Mannheim. Hier fand eine stark besuchte öffentliche Vortragsveranstaltung statt, die von den verschiedenen Baugenossenschaften, dem Kriegsausschuß der Verbraucher, Beamtenvereinen, dem Hausfrauenbund und mehreren sozialen Vereinen einberufen war. Herr Dr. Bittel aus Karlsruhe sprach über die Beschaffung von Kleinwohnungen mit Gärten. Die Wohnungsnot, welche die durch den Krieg geschwächte Volkskraft in gefährlicher Weise bedroht, mache umgehend Unternehmungen notwendig, welche eine sofortige Inangriffnahme der Neubautätigkeiten ermöglichten. Neben den militärischen Maßnahmen zur Freigabe von Arbeitskräften und Baustoffen handele es sich um geeignetes Gelände und billiges Geld. Bei der außerordentlichen Wichtigkeit einer befriedigenden Lösung der Wohnungsfrage für die Zukunft des deutschen Volkes dürfte hierbei an den Mitteln nicht gespart werden. Neben dem Reich, das sich zur Hergabe erheblicher Geldmittel für Bauzuschüsse usw. bereit erklärt hat, müssen vor allem der badische Staat und die Gemeinden sowie die öffentlichen Körperschaften (Sparkassen, Landesversicherungsanstalt, Berufsgenossenschaften usw.) sich in beträchtlichem Umfang an der Aufbringung von Mitteln zu günstigen Bedingungen für die Neubautätigkeit beteiligen. — Ebenso wie die unerträgliche Steigerung der Mieten überhaupt durch eine Genehmigungspflicht für Mieterhöhungen verhindert werden müsse, sei auch notwendig, das Steigen der Mietpreise der neuen (und alten) Häuser zu verhindern, indem die schätzungsweise 100prozentige Baukostenüberteuerung durch öffentliche Zuschüsse, zum größtenteil aus Kriegsmitteln des Reiches zu decken wäre. Für die solcher Art erbauten Häuser sei die Gewähr zu bieten, daß diese Beihilfe restlos den Wohnungsnehmern zugute käme. Deshalb kämen in erster Linie gemeinnützige Bauorganisationen für die Bautätigkeit nach dem Kriege in Betracht. Eine vaterländische Pflicht aller Wohnungsnehmer sei es, sich durch genossenschaftliche Selbsthilfe an der gemeinnützigen Erstellung von Wohnungen zu beteiligen. — Die Versammlung richtete daher an alle Arbeiter, Angestellte und Beamten Mannheims das dringende Ersuchen, sich einer der zahlreichen Unternehmungen der Wohnungsfürsorge in Mannheim anzuschließen. — An den Vortrag knüpfte sich eine rege Aussprache, an der sich auch private Bauunternehmer, Stadtbaurat Platz, Stadtpfarrer Dr. Lehmann, Prof. Wendling und andere beteiligten. Die Versammlung gestaltete sich zu einer einmütigen öffentlichen Kundgebung für den Bau von Kleinwohnungen mit Gärten mit öffentlicher Unterstützung.

Ein besseres Brot?

Berlin, 10. Juli. Wie der Münchener Vertreter der Tägl. Rundschau erfährt, sind Bestrebungen im Gange, vom neuen Wirtschaftsjahr ein besseres Brot zur Verfügung zu stellen. Die deutschen Lebensmittelämter werden sich in den nächsten Tagen mit dieser Frage beschäftigen.

Die Löhnungszuschüsse

für die Familien der Gehalt und Löhnung empfangenden Unteroffiziere des Friedensstandes werden mit Wirkung vom 1. April an auf folgende Tagessätze erhöht: Familien bei gemeinsamer Haushaltsführung ohne Kinder 1.30 bis 1.50 Mk., mit einem Kind 1.85 bis 2.10 Mk., mit zwei Kindern 2.45 bis 2.75 Mk., für jedes weitere Kind mehr 0.70 Mk.; Familien bei getrennter Haushaltsführung ohne Kinder 2.15 bis 2.40 Mk., mit einem Kind 2.70 bis 3 Mk., mit zwei Kindern 3.30 bis 3.65 Mk.; für jedes weitere Kind mehr 0.70 Mk.

—)*(—

Theater und Musik.

Festkonzert im Großh. Hoftheater. Aus Anlaß des Geburtsfestes Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs fand am letzten Dienstag Abend im festlich beleuchteten Hoftheater ein Festkonzert statt, zu dem sich eine große Hörerschaft einstellte. Nachdem auf den Landesherrn ein dreifaches Hoch ausgebracht und die badische Fürstenhymne vom Hoforchester gespielt worden war, erklang Schumanns herrliches Quintett, Opus 44, von den Herren Professor Max Pauer (Klavier), Deman, Grabert (Violine), Müller (Bratsche) und Trautvetter (Cello) wirkungsvoll, wenn auch nicht so restlos ergründet, wie es Herr Pauer von seiner Stuttgarter Kammermusikvereinigung her vielleicht gewohnt ist. Ein durchweg gutes Prädikat verdient dagegen die Wiedergabe des Forellenquintetts von Schubert, Opus 114. Zwar war auch hier der glänzende Pianist überlegen, aber ein intensiveres Nachschaffen machte sich deutlich bemerkbar. Den Kontrabaß spielte dabei Herr Hofmusiker Schiedt. Zweifellos nachhaltigen Eindruck hat auch Schumanns A-moll-Sonate, Opus 105, hinterlassen, zumal die Herren Pauer und Deman ihr feine Verkünder waren. Ersterer ist ein Pianist von selten hohem Adel, fein und liebenswürdig in der Färbung lichter Tonbilder, aber auch unerbittlich, wenn es gilt, einer kämpfenden Seele ihre Bekenntnisse abzuringen. Das spezifisch pianistische und das musikalische findet man bei ihm in schönster Harmonie vereinigt. Große Anerkennung erwarb sich auch Herr Deman, denn die Karlsruher wollten es dieses Mal bei seinem Abschiedsabend nicht an Beifall fehlen lassen. Zehn Jahre sind es, seitdem Herr Deman in unser Hoforchester eintrat und ein tüchtig Stück Arbeit hat dieser Künstler bis heute geleistet; nicht allein drunten in der Orchesterversenkung, wo er seinen wohldisziplinierten Streicherchor durch sein feuriges Temperament mit fortriß, sondern auch im Konzertsaal als Solist oder als Führer des Karlsruher Streichquartettes. Manch schöne Stunde edler Kunst hat er den Karlsruher Musikfreunden gewidmet und dafür sei ihm auch an dieser Stelle recht herzlich gedankt. Wir freuen uns über seine ehrenvolle Berufung und wünschen ihm an seinem neuen Wirkungsorte reichen Erfolg. — Zwischen die Instrumentalvorträge sang Frau Laur-Kottlar mit tiefster Empfindung einige reizende Schumannsche und Schubertsche Lieder, von Herrn Hofoperndirektor Cortolezis ganz hervorragend am Flügel begleitet. Berner.

—)*(—

Kirchliche Nachrichten.

‡ Vallendar a. Rh., Schönstatt. Im August und Sept. werden hier Exerzitienkurse für Primaner und Sekundaner abgehalten. Die Verpflegungskosten für drei volle Tage belaufen sich auf 5 Mk. Nähere Mitteilungen macht nach erfolgter Anmeldung der Präses der Studentenkongregation Vallendar a. Rh., Schönstatt.

—)*(—

Lokales.

Karlsruhe, 12. Juli 1918.

÷ Vom Vinzenzsekretariat Karlsruhe wird uns mitgeteilt, daß sich in letzter Zeit ein gemeingefährlicher Schwindler, angeblich des Namens Dr. Enger aus Hildesheim herumtreibt und versucht, sich größere Geldbeträge zu erschwindeln. Er stellt sich taub und hat schon gefälschte Briefe des Fürsten Aloys von Löwenstein vorgezeigt, um seine Angaben glaubhafter zu machen. Alle diejenigen, die etwa schon betrogen worden sind, werden gebeten, der Polizei baldigst sachdienliche Mitteilungen zu machen.

+ Bei der Verteilung von Einmachzucker wurde die merkwürdige Bestimmung getroffen, daß Kinder, die zurzeit das erste Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, keinen Zucker erhielten. Dagegen erhalten Kinder vom vollendeten ersten Lebensjahr an Anrecht auf Marmelade. Wenn nun ein Kind im August ein Jahr alt wird, so darf es wohl Marmelade bekommen, nicht aber Obst, das seine Mutter eingemacht hat. Das sieht wieder einmal so recht nach der Bürokratenschablone aus. Ein plausibler Grund für eine solche Ausnahmebehandlung ist nicht ersichtlich. So gut man den Gartenbesitzern zur Bereitung von Beerenwein Zucker gibt, könnte man ihn auch für die Kinder unter einem Jahr abgeben, zumal der Fehler ihres zu geringen Alters sich mit jedem Tag verbessert. Man glaube ja nicht, daß die Marmelade, selbst wenn sie in städtischen Betrieben hergestellt wird, mehr Vertrauen bei den Hausfrauen genießt als ihr eigenes Eingemachtes. Das Gegenteil kann man überall wahrnehmen. Nichts kann gegenwärtig die Bevölkerung mehr aufregen als die bloße Vermutung, daß ihr Obst und Zucker entzogen werden, weil die Marmeladefabriken zuerst den Rahm abschöpfen müssen.

⨯ Großh. Konservatorium für Musik. Das 4. Prüfungskonzert leitete eine gefällige Violinnummer, Romanze von Ing. v. Bronsart, ein, in der Fräulein Karla Kaufmann vorgeschrittenes Können und Vortragstalent zeigen konnte. Herr Heinrich Kuppinger sang eine Arie des Vasco de Gama aus der „Afrikanerin". Der junge Sänger hat seit vergangenem Jahre gute Fortschritte gemacht; der Ton „sitzt" überall und die schöne Stimme spricht leicht an. Eine Indisposition hinderte ihn in dem an späterer Stelle mit Fräulein Birnbaum gesungenen Duett aus „Lohengrin" an der vollen Entfaltung seiner ausgiebigen Mittel. In Fräulein Ottilie Birnbaum lernte man eine stimmbegabte Kunstjüngerin kennen, die bei weiteren Tonstudien bei unzweifelhaft großer gesanglicher und musikalischer Begabung einen aussichtsreichen Weg vor sich haben dürfte. Drei umfangreiche Klavierwerke bildeten die Grundpfeiler des Programms: Fräulein Margarethe Barefel spielte, Variations serieuses Opus 54 von Mendelssohn mit flotter Technik, sehr schönem Anschlag und angemessenem Ausdruck; Fräulein Emmy Zimmermann erstaunte durch eine in jeder Beziehung glänzende, aber besonders rhythmisch und klanglich eindrucksvolle Wiedergabe der Sonate C-dur Opus 3 von Beethoven. Fräulein Martha Leyser wurde den technischen und musikalischen Schwierigkeiten, die der Carneval von Schumann in jeder seiner zahlreichen Nummern, eigentlich in jedem Takt bietet, bestens gerecht und ließ solcherweise das Konzert festlich ausklingen.

⨯ Reservelazarett VIII (Lehrerseminar II). Im Reserve-Lazarett VIII fand am Montag abend im Beisein der Verwundeten, des Lazarettvorstandes und einer Anzahl Gäste eine einfache, aber stimmungsvolle Großherzogs-Geburtstagsfeier statt. Die Festansprache hielt Stadtpfarrer Haungs von der Liebfrauenpfarrei, der in inhaltsreichen, fesselnden Ausführungen unsern Landesfürsten feierte, der seinem Volke Treue mit Treue vergelte und dessen heute alle Badener im Felde und in der Heimat in Liebe und Verehrung gedenken und ihm erneut das Gelöbnis der Treue ablegen würden. Das auf den Großherzog ausgebrachte Hoch fand lebhaften Widerhall. Die eindrucksvolle Ansprache war umrahmt von Gesangsvorträgen der Konzertsängerin E. Gutzmann und des Tenoristen V. Singer. Frl. Gutzmanns hochentwickelte Vortragskunst kam in stimmlich und technisch gleich trefflich ausgeführten Gesängen von Grieg, Mozart und Meyerbeer bestens zur Geltung, und der vielversprechende Tenor Ventur Singer hatte in der Freischütz-Arie, dem Liebeslied aus „Walküre" sowie einigen Liedern dankbare Aufgaben, die er mit schönem Organ, bei musikalischer Sicherheit und verständnisvollem Vortrag sehr gut durchführte. Musikinspektor Zureich begleitete anschmiegsam und diskret. Der Vorschlag, ein von Exzellenz v. Engelberg zur Verlesung gebrachtes Huldigungstelegramm an Seine Königliche Hoheit abzusenden, fand freudige Zustimmung.

Auszeichnungen.

Das Eiserne Kreuz erster Klasse erhielt Adam Porzelt, Leutnant und Kompagnieführer der 10. Kompagnie, Inf.-Rgt. 166, der Sohn des Eisenbahn-Magazinsmeisters Porzelt in Reichenbach, Amt Ettlingen. Zwei weitere der vier im Felde stehenden Söhne Porzelts sind Inhaber des E. K. 2. Klasse.

Artillerieunteroffizier Deisler, Sohn des Herrn Oberregierungsrats A. Deisler, hier, wurde anläßlich der letzten Kämpfe an der Westfront mit dem Eisernen Kreuze 2. Klasse ausgezeichnet.

—)*(—

Gerichtssaal.

B. C. Karlsruhe, 11. Juli. Die 24jährige Cäcilie Gühr aus Gengenbach ist von den Gerichten in Lahr und Offenburg schon wiederholt vorbestraft. Trotzdem begeht sie immer neue strafbare Handlungen. So prellte sie in Offenburg eine Frau, die sie aus Mitleid aufgenommen hatte, um 20 Mark und stahl ihr noch Kleidungsstücke und Bettwäsche. Ebenfalls in Offenburg schwindelte sie sich einen Schirm und ein Handtäschchen heraus. In Grötzingen gab sie sich als Rote Kreuzschwester aus, erschwindelte sich 5 Mk. und ließ sich Nachtquartier geben. Als Dank dafür stahl sie ihrem Gastgeber Kleidungsstücke und Schmucksachen im Werte von 516 Mk. Heute verurteilte die hiesige Strafkammer die gefährliche Person zu 2 Jahren Gefängnis. — Der Landwirt Wilhelm Eder in Durlach hatte in seiner Familie öfter Streitigkeiten, besonders seit eine seiner Töchter nach abenteuerlichen Reisen heimgekehrt und bestrebt war, diese Differenzen zu vergrößern. Am 16. April hatte die Tochter den Eder wieder einmal gereizt und er gab mit einem Jagdgewehr einen Schrotschuß auf das Mädchen ab, durch den es an der Schläfe verletzt wurde. Wegen schwerer Körperverletzung wurde Eder von der Strafkammer zu 6 Monaten Gefängnis, ab 10 Wochen Untersuchungshaft verurteilt.

—)*(—

Zur Lage im Osten.

Der Hetman zur Ermordung des deutschen Gesandten.

Berlin, 11. Juli. (W.T.B.) Der Hetman der Ukraine, Skoropadski, hat aus Anlaß der Ermordung des Grafen Mirbach an den Kaiser folgendes Telegramm gerichtet: Ew. Kaiserlichen und Königlichen Majestät wollen mir allergnädigst gestatten, daß ich gleichzeitig im Namen des ukrainischen Volkes meinem tiefen Schmerze Ausdruck gebe, über den feigen Mord, dem der Botschafter Ew. Majestät in Moskau zum Opfer fiel. Durch die mächtige Hilfe des Deutschen Reiches zu staatlichem Leben wiedererstanden, trauert das ukrainische Volk um den Verlust des Mannes, der immer sich als Freund der Ukraine bewährte. — Der Kaiser hat darauf folgendermaßen geantwortet: Ew. Exzellenz bitte ich, den Ausdruck meines besten Dankes für die Teilnahme entgegen zu nehmen, die Sie mir zugleich im Namen des ukrainischen Volkes aus Anlaß des fluchwürdigen Verbrechens an meinem Gesandten in Moskau ausgesprochen haben.

Verschiedene Nachrichten.

Moskau, 11. Juli. Die Presse meldet: In den nächsten Tagen wird die Ankunft des englischen Botschafters Buchanan in Wologda erwartet. — Am 7. Juli hat wieder eine Versammlung aller Kriegskommissare und Leiter der Militärabteilungen der Sowjet stattgefunden. Der oberste Kriegssowjet wird nach Muron übersiedeln. — Die Reise nach Simbirsk und Kulugg, ebenso nach Archangelsk und dem Gouvernement Pskow ist aus wirtschaftlichen Gründen verboten. — Trotzki soll auf dem allrussischen Kongreß der Sowjets erklärt haben, er habe Nachrichten, daß an der Front die Einigkeit der Sowjettruppen durch englisch-französische Propaganda gelitten habe. Einzelne Teile der Truppen seien zum Feind übergegangen. Der Kriegszustand wurde über die Murmanküste und die Bahn bis Swanka erklärt.

—)*(—

Schweizerische Friedensgesellschaften an Wilson.

Berlin, 12. Juli. (W.T.B.) Meldung der schweizerischen Depeschen-Agentur. Das katholische Friedensinstitut in Freiburg im Verein mit dem Genfer Komitee für einen dauerhaften Frieden, sowie zahlreiche ihm angegliederte Gesellschaften haben den Präsidenten Wilson telegraphisch, die Rede des Herrn von Kühlmann sowie die wiederholte Erklärung des Reichskanzlers Grafen von Hertling, daß er die vier von dem Präsidenten Wilson selber als Basis des Friedens aufgestellten Grundsätze annehme und im Interesse der ganzen Menschheit damit einverstanden sei, in Unterhandlungen über den allgemeinen Frieden auf dieser allgemein angewandten Basis einzutreten, in Berücksichtigung ziehen zu wollen.

*

Die Behandlung feindlicher Ausländer in England.

London, 12. Juli. (W.T.B.) Meldung des Reuterschen Büros. Das Unterhaus erörterte die Frage der allgemeinen Behandlung feindlicher Ausländer. Cave sagte namens der Regierung, alle Fragen der Internierung oder Deportation, sowohl alle Naturalisierungsbewilligungen sollten nochmals geprüft werden. Bezüglich feindlicher Banken werden die nötigen Schritte zur sofortigen Liquidierung und Schließung getan werden. Da die feindlichen Banken dazu benutzt worden sind, den englischen Handel an sich zu reißen und zu schädigen, müßten sie nach dem Kriege besonders behandelt und durch Gesetz für eine Reihe von Jahren nach dem Kriege verboten werden.

Ein großer Streik in der englischen Flugzeugindustrie.

Haag, 10. Juli. Daily Expreß berichtet, daß sich der Streik in der englischen Flugzeugindustrie ausbreitet. 22000 Personen haben jetzt die Arbeit niedergelegt.

Nach einer weiteren Meldung vom 11. Juli aus London ist in der Flugzeugfabrik Alliance Aeroplane Company ein Streik ausgebrochen. Munitionsminister Churchill habe energische Gegenmaßregeln ergriffen. Die Regierung werde aufgrund des Reichsverteidigungsgesetzes und des Munitionsgesetzes die Fabrik selbst übernehmen.

Wilson und Panama.

Basel, 6. Juli. Die amerikanische Agentur meldet laut Köln. Volksztg.: In der Republik Panama sei die Lage durch die Verschiebung der Wahlen ernst geworden und man befürchte Unruhen. Der nordamerikanische Generalgouverneur habe Lansing davon unterrichtet. Auf Grund des Vertrages von 1904 wird die Ordnung in den Städten längs des Kanals und im Hafen von Colon durch Truppen der Vereinigten Staaten aufrecht erhalten. (Daher die „Unruhen"! Red.)

*

Die Influenza in der Schweiz.

Bern, 12. Juli. (W.T.B.) Nach Mitteilungen des Pressebüros des Armeestabes sind bis 9. Juli in der schweizerischen Armee 6800 Erkrankungen an der Grippe vorgekommen. Die weitaus meisten Erkrankungsfälle fallen auf Infektionsgrippe. Bis 9. Juli ereigneten sich 24 Todesfälle, darunter ein Arzt und zwei Sanitätssoldaten, die ihrer Pflichterfüllung zum Opfer fielen. Unter der Zivilbevölkerung forderte die Krankheit bisher mehrere Opfer. Eine einzige Ortschaft hatte 7 Tote. Bei den in der gleichen Ortschaft untergebrachten ca. 150 englischen Internierten sind 6 Fälle tödlich verlaufen.

Handelsteil.

Berlin, 11. Juli. (W.T.B.) Börsenstimmungsbild. Wenn durch die gestern im Reichstage erfolgte Entscheidung über die Börsenumsatzsteuer auch die starke Erhöhung der Sätze etwas gemildet worden ist, so genügen nach Ansicht der Bank- und Börsenkreise die zur Annahme gelangten Sätze noch durchaus nicht, um die befürchteten und genugsam geschilderten Folgen bei einer rückläufigen Konjunktur in verschärftem Maße eintreten zu lassen. Trotzdem die Börse sich nach wie vor Beschränkungen in der Geschäftstätigkeit auferlegte, war das Privatpublikum wieder überwiegend mit Kaufaufträgen am Markte, deren Erledigung sich nur zu höheren Kursen vollzog. Infolge der so geschaffenen festen Grundstimmung konnten vor allem die führenden Schiffahrts- und Montanwerte die gestrigen Einbußen so ziemlich wieder hereinbringen. Auch die seit einigen Tagen zu beobachtende Kauflust für Kaliwerte hielt in verstärktem Maße an. Am Rentenmarkt hat sich nichts verändert.

Städtisches Konzerthaus Karlsruhe.
Freitag, den 12. Juli, halb 8 Uhr.
Die lustige Witwe.

Wie sorgt das Vaterland für seine kriegsbeschädigten Heldensöhne? //
von Hermann Müßle, Pfarrer.
40 Seiten mit 19 Abbildungen.
3. vermehrte Auflage (26.—30. Tausend)
Preis 30 Pfennig. 100 Stück 25.—
Das volkstümlich geschriebene Werkchen hat in seiner eindringlichen Form sicher schon manchem Kriegsbeschädigten und seinen Angehörigen gezeigt, daß mit gutem Willen trotz körperlicher Mängel noch ganz Hervorragendes geleistet werden kann. (Bad. Landesausschuß f. Kriegsbeschädigtenfürsorge.)
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.
Badenia, Verlag und Druckerei
Karlsruhe.